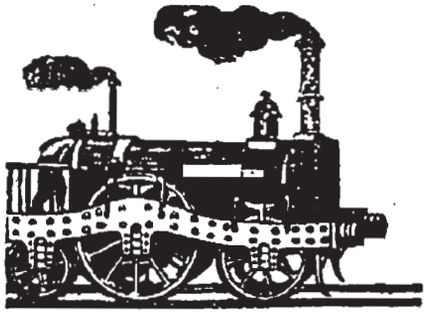
dd.vg....

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inserate müssen Tags vorher bis Mittag eingehen.

Lokomotive an der Oder.

Insertionsgebühr für die gespaltene Zeile 1 Sgr., Wiederholungen kosten nur die Hälfte.



Zeitung für alle Stände,

verbunden mit dem **Intelligenzblatt** für die Städte:
Oels, Bernstadt, Juliusburg, Huudsfeld, Festenberg, Namslau, Ohlau, Strehlen.

Auf Verantwortlichkeit des Verlegers. — Schnellpressendruck und Verlag von **A. Ludwig.**

Nro. 59. Oels, den 23. Mai **1863.**

Der Feiertage wegen erscheint Dienstag keine „Lokomotive".

Aus beiden Häusern des Landtages.

Dibbelt auf Zeinick in Pommern) will die Dauer des Landtags möglichst abkürzen, die Stellvertretungskosten

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postanschrift: Deichstraße 47, 20459 Hamburg

Geschäftsbericht 2012

Impressum: Herausgeber: *Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH.*
Fotos: *Seite 6: (alle Bilder), AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung. Seite 7: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich Stampfer Foto von J.H.Darchinger, Fritz Heine Foto (c) Stefan Appelius, Barbara Hendricks Foto: SPD-Parteivorstand/ D. Butzmann/ F. Jaenicke/ S.Knoll/ B. Kraehahn. Seite 9: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung. Seite 11: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung. Seite 13: Heinrich Grätzner <h.graetzner@antiquepool.at>. Seite 15: akg-images. Seite 17: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung (o.l.), Wolfgang Voigt, Frankfurt am Main (u.M.), Ernst-May-Gesellschaft (u.r.), Karl Schulpig (o.r.), SPD (u.l.). Seite 19: akg-images. Seite 21: (o.) Stadtarchiv Düsseldorf, (u.) Bundesarchiv. Seite 25: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung. Seite 27: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung. Seite 31: picture-alliance / dpa. Seite 33 und Rückseite: Dirk Uhlenbrock. Seite 35: Evilboy. Seite 37: picture alliance / dieKLEINERT.de / Schwarwel (Illustration), picture-alliance / dpa (4), DJV-NRW / Bertold Fernkorn. (o.r.). Seite 39: Mediengruppe Madsack / Nico Herzog (o.), picture-alliance / dpa (u.).*
Seite 6 und 7 beinhaltet Bilder, deren Rechteinhaber nicht ermittelt werden konnten. Nehmen Sie ggf. mit dem Nutzer Kontakt auf.
Gestaltung: *Walther Weiss.* ***Redaktionelle Mitarbeit:*** *Dr. Susanne Dohrn*
Druck: *Dräger + Wullenwever print + media Lübeck GmbH & Co.KG*

Inhalt:

Editorial Seite 8

Übersicht Beteiligungen Seite 10
Medien
Druckereien
Handel/Service
Tourismus

Bericht der Geschäftsführung Seite 12

Ausgesuchte Bilanzposten Seite 20
und Kennziffern

Bilanz Seite 22
Erläuterungen zu Aktiva
Erläuterungen zu Passiva

Gewinn- und Verlustrechnung Seite 24
Erläuterungen zur G & V

Beteiligungsergebnisse
nach Sparten: Seite 26
Medienbeteiligungen
Druckereien
Handel und Service
Tourismus

Unternehmensverfassung Seite 28
Geschäftsführung,
Gesellschafter,
Aufsichtsrat

Thema: Seite 30
Rechtsterrorismus –
wie gehen Medien
damit um?

Dokumentation: Seite 6
Der Freiheit verpflichtet:
150 Jahre Medienbeteiligungen
der SPD.

DER FREIHEIT VERPFLICHTET:

150 JAHRE SPD UND IHRE MEDIEN.

Politische und soziale Gleichberechtigung, Meinungs- und Pressefreiheit – Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben von Anfang an dafür gekämpft. Der Preis war hoch. Viele haben mit Haft, Exil und dem Tod bezahlt. Die Geschichte der SPD-Medien und Medienbeteiligungen und der dafür wichtigen Persönlichkeiten spiegelt diesen Kampf, bei dem es immer um beides ging: Links sein und frei.

Wilhelm Liebknecht (1826-1900): Gab die Zeitung „Der Volksstaat“ heraus, Parteiorgan der 1869 entstandenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).

Wilhelm Hasenclever (1837-1889): Leitete nach der Vereinigung von ADAV* und SDAP 1875 zusammen mit Wilhelm Liebknecht 1876 das Zentralorgan „Vorwärts“.

Julius Motteler (1838-1907): Organisierte während der Sozialistengesetze 1878-1890 den Schmuggel des Exil-Parteiblatts „Der Sozialdemokrat“ nach Deutschland.

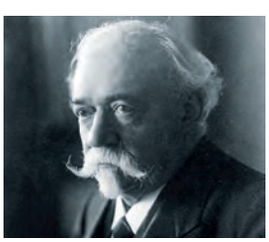
August Bebel (1840-1913): War zusammen mit Wilhelm Liebknecht Gründer der SDAP, Publizist und schrieb für sozialdemokratische Zeitungen wie „Der Volksstaat“.

Johann Heinrich Wilhelm Dietz (1843-1922): Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete rief 1881 in Stuttgart den Verlag J.H.W. Dietz ins Leben.

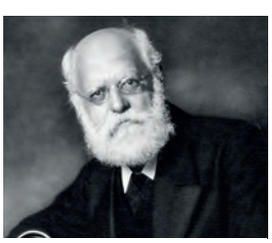
Paul Singer (1844-1911): Der Fabrikant und Verleger finanzierte das „Berliner Volksblatt“, aus dem nach dem Fall der Sozialistengesetze 1891 der „Vorwärts“ neu hervorging.

Ignaz Auer (1846-1907): Arbeitete als Redakteur für verschiedene sozialdemokratische Zeitungen, wie die „Gerichtszeitung“ in Hamburg und den „Vorwärts“.

Franz Mehring (1846-1919): War 1902-1907 Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und 1913/14 Mitherausgeber der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“.



Wilhelm Blos (1849-1927): War 1879 Inititator der sozialdemokratischen Satirezeitschrift „Der Wahre Jacob“ und ihr erster Chefredakteur.



Karl Kautsky (1854-1938): Gab von 1883 bis 1817 die sozialdemokratische Theoriezeitschrift „Die neue Zeit“ heraus.

Emma Ihrer (1857-1911): Kämpfte publizistisch für die Rechte der Arbeiterinnen und war 1891 die Herausgeberin der Wochenzeitschrift „Die Arbeiterin“.

Clara Zetkin (1857-1933): Gab 1892-1917 die sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (ehemals „Die Arbeiterin“) heraus, die von 1892-1923 erschien.

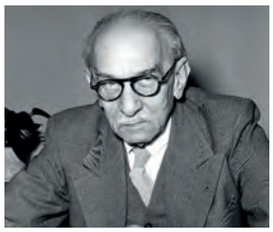
** Der 1863 in Leipzig gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) ist eine der beiden Vorläuferparteien der SPD.*

Bruno Schönlank (1859-1901): Gründete 1894 die „Leipziger Volkszeitung“ und war bis zu seinem Tod ihr Chefredakteur.

Paul Bader (1865-1945): War von 1899-1923 Chefredakteur der „Magdeburger Volksstimme“ und 1919/20 Chefredakteur des „Vorwärts“.

Luise Zietz (1865-1922): Die begabte Rednerin kämpfte für das Frauenwahlrecht und schrieb regelmäßig für die SPD-Frauenzeitung „Die Gleichheit“.

Wilhelm Keil (1870-1968): Schrieb für die „Gleichheit“, die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Schwäbische Tagwacht“, deren Chefredakteur er 1902 wurde.



Friedrich Stampfer (1874-1957): Wurde 1916 Chefredakteur des „Vorwärts“ und blieb es mit kurzer Unterbrechung bis die Zeitung 1933 verboten wurde.

Marie Juchacz (1879-1956): Leitete nach Clara Zetkin von 1917-1921 die Frauenzeitung „Die Gleichheit“.

Julius Leber (1891-1945): War 1921-1933 Chefredakteur der Zeitung „Lübecker Volksbote“, für den Anfang der 30er Jahre auch Willy Brandt schrieb.

Johannes Richter (1895-1970): War Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Journalist und von 1946-1959 Chefredakteur beim „Hamburger Echo“.

Gustav Schmidt-Küster (1902-1988): Der Verlagsleiter der „Hannoverschen Presse“ 1947-1971 belebte den Dietz-Verlag neu und war u.a. Initiator des Fackelträger-Verlags.

Fritz Heine (1904-2002): Während des Nationalsozialsimus war er Verlagsleiter des „Neuen Vorwärts“ im Prager Exil und 1946-1958 zuständig für das Pressewesen der SPD.

Emil Groß (1904-1967): Gründete 1946 die „Freie Presse Bielefeld“ und war 1951-1953 Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Zeitungsverleger.

Alfred Nau (1906-1983): Der SPD-Schatzmeister 1946-1975 fungierte als Lizenzträger des ab 1948 erscheinenden „Neuen Vorwärts“.

Wilhelm Dröscher (1920-1977): Der SPD-Schatzmeister sah sich mit den finanziellen Folgen überholter Parteizeitungskonzepte konfrontiert.

Friedrich Halstenberg (1920-2010): War von 1978-84 SPD-Schatzmeister und und leitete fällige Strukturreformen des Medien-Engagements ein.

Inge Wettig-Danielmeier (1936-): Die Schatzmeisterin der SPD 1991-2007 machte in den 90er Jahren den sozialdemokratischen Unternehmensbereich wieder wirtschaftlich.

Barbara Hendricks (1952-): Die Schatzmeisterin der Partei seit 2007 steht zum Medienengagement auch unter den schwierigen Bedingungen des digitalen Zeitalters.

Editorial:

2012 war kein gutes Jahr für die Tageszeitungen. Die Insolvenz der Frankfurter Rundschau, die Einstellung der financial times Deutschland sowie der Abendzeitung Nürnberg sind Mahnmale einer krisengebeutelten Branche. Knapp 10 Prozent weniger Anzeigengeschäft als im Vorjahr buchten die Verlagshäuser und waren gezwungen, weiterhin mit Kostensenkungsprogrammen den schwindsüchtigen Erträgen Paroli zu bieten. Auch die Westfälische Rundschau kam 2012 ins Straucheln, mit der Folge, dass Anfang 2013 rund 120 Redakteure entlassen wurden – und die redaktionellen Inhalte jetzt von anderen Verlagen zugekauft werden.

Quo vadis, Tageszeitung?

Das Mediennutzungsverhalten hat sich geändert: immer mehr Menschen nutzen als Informationsquelle digitale Medien. Die Anzeigenkunden registrieren diesen Trend und folgen ihren Kunden ins Netz. So sind die Verlage einem Doppelangriff ausgesetzt: sinkende Auflagen, begleitet von sinkenden Anzeigenumsätzen. In der Folge leidet auch das Druckgeschäft: weniger Exemplare bei geringeren Umfängen.

Sämtliche Verlage arbeiten fieberhaft daran, ihre Inhalte unter eigenem Label im Netz zu verbreiten - teilweise mit großem Erfolg hinsichtlich Reichweite und Nutzer-Akzeptanz. Allein der wirtschaftliche Erfolg will sich noch nicht in gewünschter Weise einstellen.

Dabei ist zu beobachten, dass die Zeitungshäuser stärker als noch vor einigen Jahren ihr zentrales Asset, man könnte sagen, „wiederentdeckt“ haben: die lokale Berichterstattung.

Lokale Inhalte, lokale Kompetenz sowie lokale Präsenz sind drei Alleinstellungsmerkmale, an die Google und Co. nicht herankommen. Die Tageszeitungverlage haben erkannt, dass in diese Richtung eine stärkere Profilierung stattfinden muss und arbeiten daran.

Es ist zu erwarten, dass im Spannungsfeld zwischen Digital- und Printgeschäft eine Verschiebung zugunsten des erstgenannten stattfinden wird. Die Zahl selbstständiger Verlage wird infolge eines Konzentrationsprozesses abnehmen und damit auch die Zahl selbstständiger Voll-Redaktionen.

Durch einen Strategiemix aus Investition ins Digitalgeschäft, Kostensenkungen auf allen Ebenen, Aufbau von Drittgeschäft, Kooperation von Verlagen sowie Bildung größerer Einheiten durch Übernahme gelingt es grosso modo den Tageszeitungsverlagen, die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren, wenn auch auf niedrigerem Niveau als früher. Das war auch 2012 der Fall.

Insoweit gibt es die gut begründete Hoffnung: Wenn die Verlagshäuser die strategischen Herausforderungen konsequent annehmen, können sie optimistisch in die Zukunft schauen. Dann werden die Tageszeitungen – sei es in Gestalt von print oder digital – ihre vornehmliche Aufgabe weiterhin erfüllen: die Vermittlung wichtiger politischer und gesellschaftlicher Inhalte.

Das ist von besonderer Bedeutung für die ddvg, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, neben Erreichen von wirtschaftlichem Erfolg einen Beitrag zu Pluralität der Medienwelt zu leisten. Dies gilt nicht nur, aber umso mehr im Jahr 2013, dem Jahr des 150jährigen Jubiläums der SPD.

Nr. 1. Der 1865.

Social-Demokrat.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hasselten und J. B. v. Schweitzer.

Berlin, den 4. Januar.

Ihre Mitwirkung

zu diesem Organe haben zugesagt unter Andern die Herren:

Bernhard Becker, Präsident des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“,

Joh. Ph. Becker zu Genf, F. Engels zu Manchester, Georg Herwegh zu Zürich,

M. Hess zu Paris, W. Liebknecht zu Berlin, Carl Marx zu London,

Oberst-Brigadier W. Rüstow zu Zürich und Professor H. Wuttke zu Leipzig.

Unser Programm.

Die Stimme der Arbeiterbewegung

Politik braucht Öffentlichkeit – das stellt der von Ferdinand Lassalle 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) rasch fest. Weil die neue Bewegung keine eigene Zeitung besitzt, muss sie zunächst demokratisch orientierte Blätter dafür bezahlen, dass sie ihre Stellungnahmen drucken. Das ändert sich 1864. Der „Social-Demokrat“ entsteht als offizielles Sprachrohr des ADAV. Auch die zweite politische Strömung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), verfügt über eine eigene Zeitung: „Der Volksstaat“. Nach dem Zusammenschluss beider Parteien 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) verschmelzen die Parteiorgane ein Jahr später zum „Vorwärts“.

Übersicht Beteiligungen:

Medien.

Die ddvg war 2012 an folgenden Verlagshäusern beteiligt (jeweils mit Nennung der wichtigsten Medienprodukte):

> „Westfälische Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100%: war mit 13,1% mittelbar an der „Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG“ in Dortmund beteiligt (Westfälische Rundschau)

> „Oliva Druck- und Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100%: war mit 32,5% an der „Cuxhaven-Niederelbe Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG“ beteiligt (Cuxhavener Nachrichten, Niederelbe Zeitung)

> „Presse-Druck GmbH“ mit 100%: war mit 57,5% an der „Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG“ in Bielefeld beteiligt (Neue Westfälische)

> „Druckhaus Bayreuth Verlagsgesellschaft mbH“ mit 47,5%: war mit 62,5% an der „Nordbayerischen Kurier GmbH & Co. Zeitungsverlag KG“ beteiligt (Nordbayerischer Kurier)

> „Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG“ mit 40% (Sächsische Zeitung, Morgenpost Sachsen)

> „Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH“ mit 40% (Frankfurter Rundschau)

> „Frankenpost Verlag GmbH“ in Hof mit 35% (Frankenpost)

> „Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG“ mit 30% (Freies Wort, Südthüringer Zeitung)

> „Druck- und Verlagsanstalt ‚Neue Presse’ GmbH“ mit 30% (Neue Presse Coburg)

> „Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG“ mit rund 23,1% (u.a. Hannoversche Allgemeine, Neue Presse Hannover, Leipziger Volkszeitung, Dresdner Neueste Nachrichten, Kieler Nachrichten, Lübecker Nachrichten, Ostsee-Zeitung, Göttinger Tageblatt)

> „Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100% (vorwärts, Demokratische Gemeinde)

> „vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft mbH“ mit 100%“

> „ÖKO-TEST Holding AG“ mit 66,1%: war mit 100% an der ÖKO-TEST Verlag GmbH (ÖKO-TEST Magazin) beteiligt

> „K-u-K-Applikationen GmbH“ mit 52%

> „TIVOLA Publishing GmbH“ mit rund 51%

> „tredition GmbH“ mit 10%

> „dd_vg.-Rundfunk-Beteiligungsgesellschaft mbH mit 100%: war mit rund 9% an der „Rheinland-Pfälzische Rundfunk GmbH & Co. KG“ (RPR1) beteiligt

Druckereien.

> „braunschweig-druck GmbH“ (70%)

> „Dräger + Wullenwever print + media Lübeck GmbH & Co. KG“ (70%)

> „Wullenwever print + media Lübeck GmbH“ (100%) (ohne Geschäftsbetrieb)

> „Bayreuth Druck + Media GmbH & Co. KG“ (100%)

Handel/Service.

> „Hamburger Pressepapier Vertriebsgesellschaft mbH“ (100%)

> „IMAGE Ident Marketing Gesellschaft mbH“ (100%)

> „vorwärts: buchhandlung + antiquariat GmbH“ (100%)

> „Office Consult GmbH” (100%)

Tourismus.

> “FFR Ferien-, Freizeit- und ReiseService GmbH” (100%)

Der Sieg ist unser, trotz alledem!

Wissen ist Macht

Unruhestifter, Staatsfeinde, Umstürzler – etablierte Presse und Politik reagieren auf die neue Partei mit Ablehnung. Wer für sozialdemokratische Zeitungen schreibt, muss damit rechnen, ins Gefängnis zu kommen. Doch die Abschreckung funktioniert nicht. 1877 erscheinen außer dem „Vorwärts“ 41 sozialdemokratische Zeitungen mit einer Gesamtauflage von weit über 100 000. 1878 werden die SPD und ihre Organisationen verboten, fast alle Zeitungen enteignet. Viele Genossen fliehen ins Exil. Die Sozialistengesetze gelten bis 1890. Die SPD geht gestärkt aus der Verfolgung hervor, wie das Plakat zeigt. 1890 erzielt sie bei den Reichstagswahlen knapp 1,4 Millionen Wählerstimmen, 600 000 mehr als bei der Wahl zuvor.

Bericht der Geschäftsführung:

Konjunkturelle Entwicklung 2012

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, hat im Jahr 2012 an Schwung verloren: Es legte lediglich um 0,7% zu, was nach einer Wachstumsrate im Jahr 2011 von 3,0% eine deutliche Verlangsamung bedeutete.

Als ein Grund hierfür kann der Abschluss des Aufholprozesses nach der schweren Rezession in den Jahren 2008 und 2009 angesehen werden. Das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft normalisierte sich. Ein zweiter wesentlicher Grund war das schwierige internationale Umfeld, in das die deutsche Wirtschaft eingebettet ist. Wenngleich sich die deutsche Volkswirtschaft strukturell in guter Verfassung präsentierte, so sorgte die Krise im Euro-Raum für Unsicherheit mit Blick auf die weitere konjunkturelle Entwicklung; dies führte zu verhaltenen Investitionsentscheidungen bei den Unternehmen.

Die Folge waren sinkende Unternehmensinvestitionen sowie eine gedämpfte Auslandsnachfrage nach Industriegütern und Dienstleistungen. Dementsprechend sanken das Wachstum der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen von 7,8% im Vorjahr auf nunmehr 3,7%. Ursächlich hierfür waren vor allem der Rückgang der Lieferungen in den Euro-Raum, wohin immerhin zwei Fünftel aller deutschen Exporte gelangen; daneben gab es ein geringeres Exportwachstum nach China.

Relativ unbeeindruckt im Vergleich zu der Stimmungseintrübung bei den Unternehmen hat sich die Konsumnachfrage im Jahr 2012 entwickelt. Die Eurokrise und die damit einhergehende Verunsicherung wirkte sich kaum auf die privaten Verbrauchsausgaben aus und zeigten sich mit einem Zuwachs von preisbereinigt +0,6% (Vorjahr 1,5%) robust. Dies lag in erster Linie an steigenden Reallöhnen. Dazu trug insbesondere die Anhebung der Tarifentgelte um durchschnittliche 2,5% bei, die sich weniger in Einmalzahlungen, sondern in dauerhaft prozentualen Lohnerhöhungen ausdrückten.

Positive Impulse auf den privaten Konsum gingen auch von einer verbesserten Arbeitsmarktlage aus: Die Zahl der im Inland erwerbstätigen Personen stieg im Jahresdurchschnitt um 1,1% gegenüber dem Vorjahr (1,3%). Bemerkenswert ist hierbei, dass vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Einhergehend mit der positiven Beschäftigungsentwicklung fiel die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen 2012 im Jahresmittel auf insgesamt 2,9 Millionen Personen (Vorjahr 2,98 Mio. Personen). Damit verringerte sich die Arbeitslosenquote von 7,1% auf 6,8%.

[Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 2012]

Das wirtschaftspolitische Umfeld der deutschen Wirtschaft bleibt nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) in Berlin im aktuellen Geschäftsjahr schwierig und ist von großer Unsicherheit insbesondere im Euroraum geprägt. Allerdings sei eine beschleunigte konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern festzustellen, die den deutschen Exporten zugute komme und die Nachfrageschwäche aus dem Euroraum mehr als ausgleiche. Die verbesserten Absatzmöglichkeiten und anhaltend günstigen Finanzierungsmöglichkeiten werden die Investitionszurückhaltung in Deutschland

Auf der Welle des Erfolgs

Farbige Karikaturen und politische Agitation – der „Wahre Jacob“ ist die erfolgreichste Satirezeitschrift des Deutschen Reiches. Mit einer Auflage von bis zu 380 000 ist er außerdem das auflagenstärkste Blatt der Sozialdemokratie. 1879 in Hamburg gegründet, erscheint es sogar während der Sozialistengesetze 1878-1890, in der die meisten anderen sozialdemokratischen Zeitungen verboten sind. Nach 1890 beginnt ein beispielloser Aufschwung für die Sozialdmokratie und ihre Medien. Bei den Wahlen 1912 wird sie stärkste Fraktion im Reichstag. 1914 wächst die Zahl der Mitglieder auf 1,1 Millionen und ihre 94 Parteizeitungen erscheinen flächendeckend mit einer Gesamtauflage von 1,4 Millionen Exemplaren.

lösen und für eine Beschäftigungsausweitung sowie einen Anstieg der Stundelöhne sorgen. Vor diesem Hintergrund erwartet das DIW für das Jahr 2013 ein durchschnittliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6%.
[Quelle: DIW Wochenbericht Nr. 15.2013]

Lage der Medienbranche

Die robuste allgemeine konjunkturelle Entwicklung konnte die Ergebnisentwicklung der für das Unternehmensergebnis der ddvg wichtigen Verlagsbeteiligungen leider nicht positiv beeinflussen. Mehr noch: seit geraumer Zeit ist festzustellen, dass sich die wirtschaftliche Dynamik in den Tageszeitungsverlagen mehr und mehr von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung abkoppelt. Nicht Umsatzwachstum – auch nicht auf niedrigem Niveau –, sondern Umsatzrückgänge im Bereich der Werbeerlöse sind feststellbar. Und die zweite Einnahmensäule, der Vertriebsumsatz, kann nur deshalb stabil gehalten werden, weil starke Preiserhöhungen den kontinuierlichen Auflagenrükkgang der Tagespresse auffangen. Vor diesem Hintergrund wird in den Verlagen ein Suchprozess nach neuen Geschäfts- und Erlösmodellen auch im digitalen Bereich fortgesetzt, der aber (noch) nicht die Umsatzrückgänge kompensieren kann.

Werden die Umfänge bezahlter Anzeigen als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung zugrunde gelegt, so wird die These von der Abkopplung der Tageszeitungsverlage von der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bestätigt: die Anzeigenumfänge in lokalen und regionalen Abonnementzeitungen nahmen von Januar bis Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahr um -9,8% (2011: -4,2%) ab. Besonders stark fiel das Minus bei den Großformen des Handels innerhalb der Gruppe der sogenannten Geschäftsanzeigen (Markenartikelhersteller, Kfz-Hersteller/Kfz-Markenwerbung, Großformen des Handels sowie lokale Geschäftsanzeigen) aus. In der Gruppe der rubrizierten Anzeigen gingen die Umfänge bei den Stellen und den Immobilienanzeigen im Vergleich zum durchschnittlichen Minus überproportional stark zurück. Ebenfalls rückläufig gestaltete sich die Entwicklung bei den Prospektbeilagen: sie lagen in 2012 insgesamt um -7,1 Prozent unter dem Vorjahr (2011: -3,5%).

Zunehmend unter Druck gesetzt werden die klassischen Werbeerlösfelder der Tageszeitungen durch die wachsende Umschichtung von Werbeausgaben zugunsten des Mediums Online, insbesondere im Bereich der Rubrikenanzeigen. Dies, aber auch das veränderte Mediennutzungsverhalten insbesondere jüngerer Zielgruppen, sind wesentliche Gründe, warum die Verlage das Medium „online“ zusätzlich für sich erschließen wollen. Die Dynamik, die in diesem Bereich herrscht, belegen die Zahlen eindrucksvoll: nach der äußerst positiven Entwicklung im Jahr 2011 (+18%) nivellierten sich die Zuwachsraten in 2012 wieder auf etwas moderaterem Niveau – allerdings unverändert im zweistelligen Bereich. Insgesamt konnten die Online-Werbeumsätze im vergangenen Jahr um +13% zulegen. Damit haben die Online-Werbespendings in 2012 erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze überschritten und mit einem Werbevolumen von 6,47 Milliarden Euro einen neuen Höchstwert erreicht. Mit

Nr. 20. 10. Jahrgang.

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3122) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 26. September 1900.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit" sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Stuttgart, Blumen-Straße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Die Frauenkonferenz zu Mainz. — Aus der Bewegung. — Beschlüsse und

rinnen. Die Konferenz nahm fast debattelos eine Geschäftsordnung an, welche die Redezeit für die Begründer von Anträgen auf fünfzehn, die für Diskussionsredner auf zehn Minuten festsetzten und bestimmte, daß Niemand zu einem Punkte mehr als zwei Mal

Eine Zeitung für die Frauen

Politische Schulung für Sozialdemokratinnen – das ist das Ziel von Clara Zetkin, als sie 1892 die Redaktion der Frauenzeitung „Die Gleichheit" übernimmt. Publizistisch kämpft das Blatt gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern und für das allgemeine, gleiche Wahlrecht von Mann und Frau. Mit Erfolg: Der Achtstundentag kommt 1918. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 können Frauen zum ersten Mal wählen und gewählt werden.

einem Anteil von nunmehr 21,8% am Bruttowerbemarkt hat das Internet seine Position als zweitstärkstes Medium im Mediamix gefestigt.
[Quelle: eigene Recherche; ZMG; Online-Vermarkterkreis im BVDW]

Grundsätzlich setzt sich im Vertriebsmarkt der Trend der vergangenen Jahre fort, rückläufigen Auflagen mit Vertriebspreiserhöhungen zu begegnen, um die Erlössituation der Verlage zu stabilisieren. Die Auflagen der Tageszeitungen sanken im IV. Quartal 2011 im Vorjahresvergleich um -3,4% (Vorjahr -3,0%). Nach wie vor zeigt sich der Vertriebsweg Abonnement am stabilsten. Die Abo-Auflage bei den Tageszeitungstiteln sank um -2,6% (Vorjahr -2,2%), während der Auflagenrückgang im Einzelverkauf -8,0% (Vorjahr -6,2%) betrug).
[Quelle: eigene Recherche, IVW, ZMG]

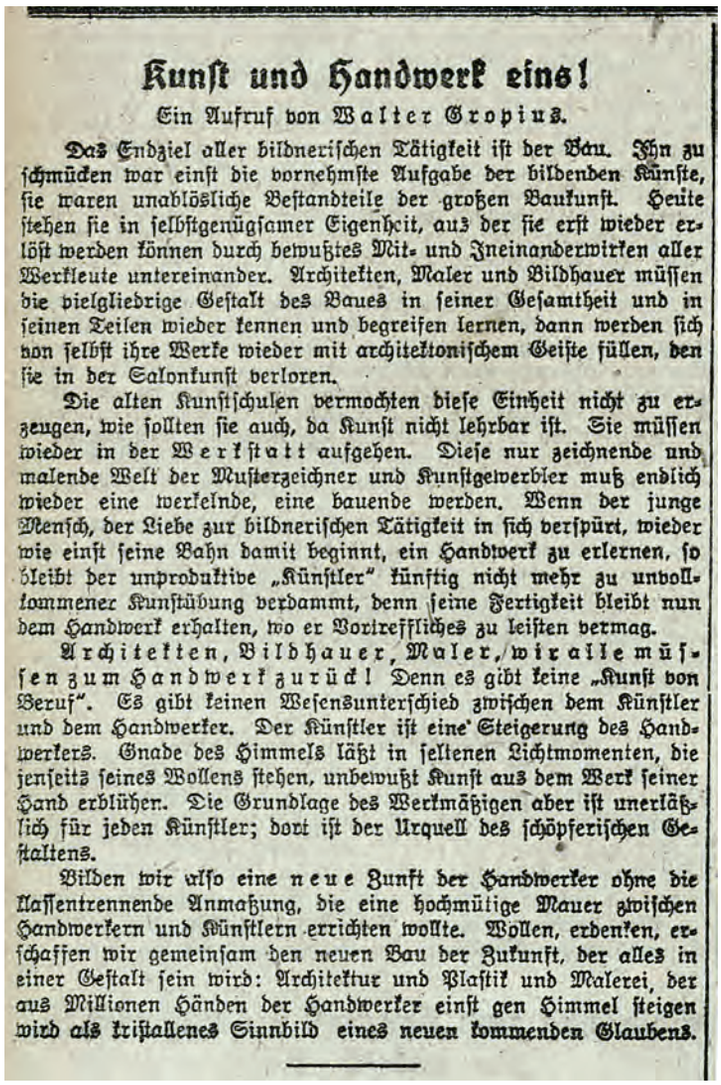
Ergebnissituation der ddvg

Das Geschäftsjahr 2012 der ddvg stand ganz im Zeichen der Konsolidierung. Das betraf in erster Linie die Insolvenz der „Druck- und Verlagsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH“, in der die Frankfurter Rundschau erschien. Jahrelange Sanierungskonzepte, die zusammen mit dem Mehrheitsgesellschafter M. DuMont Schauberg umgesetzt wurden, führten nicht zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung. Der nochmalige starke Rückgang der Anzeigenumsätze ab dem 2. Quartal 2012 hatte die bisherigen Planrechnungen obsolet werden lassen. Ein ausgeglichenes Ergebnis war nach den vom Management der Frankfurter Rundschau vorgelgten neuen Planungen nicht mehr erreichbar. Schwindsüchtige Anzeigenumsätze sowie rückläufige Druckvolumen konnten nicht länger durch Kostensenkungen aufgefangen werden. Seit dem Einstieg der ddvg in das Frankfurter Verlagshaus im Jahr 2004 mussten ein Rückgang des Gesamtumsatz-Niveaus von 41 Mio. € verkraftet werden; zu viel, um diesen Umsatzverlust mit Kostenmaßnahmen zu kompensieren.

Ebenfalls unter die Rubrik Konsolidierung fiel die Schließung der „Bayreuth Druck + Media GmbH & Co. KG“. Auch hier galt, dass strukturell rückläufige Druckumsätze nicht durch Kostenprogramme egalisiert werden konnten.

Beide Konsolidierungsmaßnahmen führten zu einer deutlichen, einmaligen negativen Ergebnisbelastung bei der ddvg.

2011 investierte die ddvg in den Tourismusmarkt, in dem sie bei der SPD ReiseServive GmbH ein neues Geschäftsfeld eröffnete: Unter der neuen Firmierung „FFR Ferien-, Freizeit- und ReiseService GmbH“ wurde erfolgreich der Markenname AMBIENTE lanciert. Unter diesem Label wurden mit gutem Erfolg Kreuzfahrten mit der „MS Princess Daphne“ in eigener Regie angeboten. Bedauerlicherweise hat der Reeder des Schiffs den Betrieb einstellen müssen und die Herbstsaison 2012 konnte nicht zu Ende gefahren werden. So wurde auch durch dieses Engagement das ddvg-Ergebnis (einmalig) negativ belastet.



Kunst und Handwerk eins!

Ein Aufruf von Walter Gropius.

Das Endziel aller bildnerischen Tätigkeit ist der Bau. Ihn zu schmücken war einst die vornehmste Aufgabe der bildenden Künste, sie waren unablösliche Bestandteile der großen Baukunst. Heute stehen sie in selbstgenügsamer Eigenheit, aus der sie erst wieder erlöst werden können durch bewußtes Mit- und Ineinanderwirken aller Werkleute untereinander. Architekten, Maler und Bildhauer müssen die vielgliedrige Gestalt des Baues in seiner Gesamtheit und in seinen Teilen wieder kennen und begreifen lernen, dann werden sich von selbst ihre Werke wieder mit architektonischem Geiste füllen, den sie in der Salonkunst verloren.

Die alten Kunstschulen vermochten diese Einheit nicht zu erzeugen, wie sollten sie auch, da Kunst nicht lehrbar ist. Sie müssen wieder in der Werkstatt aufgehen. Diese nur zeichnende und malende Welt der Musterzeichner und Kunstgewerbler muß endlich wieder eine werkelnde, eine bauende werden. Wenn der junge Mensch, der Liebe zur bildnerischen Tätigkeit in sich verspürt, wieder wie einst seine Bahn damit beginnt, ein Handwerk zu erlernen, so bleibt der unproduktive „Künstler" künftig nicht mehr zu unvollkommener Kunstübung verdammt, denn seine Fertigkeit bleibt nun dem Handwerk erhalten, wo er Vortreffliches zu leisten vermag.

Architekten, Bildhauer, Maler, wir alle müssen zum Handwerk zurück! Denn es gibt keine „Kunst von Beruf". Es gibt keinen Wesensunterschied zwischen dem Künstler und dem Handwerker. Der Künstler ist eine Steigerung des Handwerkers. Gnade des Himmels läßt in seltenen Lichtmomenten, die jenseits seines Wollens stehen, unbewußt Kunst aus dem Werk seiner Hand erblühen. Die Grundlage des Werkmäßigen aber ist unerläßlich für jeden Künstler; dort ist der Urquell des schöpferischen Gestaltens.

Bilden wir also eine neue Zunft der Handwerker ohne die klassentrennende Anmaßung, die eine hochmütige Mauer zwischen Handwerkern und Künstlern errichten wollte. Wollen, erdenken, erschaffen wir gemeinsam den neuen Bau der Zukunft, der alles in einer Gestalt sein wird: Architektur und Plastik und Malerei, der aus Millionen Händen der Handwerker einst gen Himmel steigen wird als kristallenes Sinnbild eines neuen kommenden Glaubens.

Im Kraftfeld der Moderne

Der Erste Weltkrieg ist zu Ende – und die SPD-Medien stürzen in eine tiefe Krise. Die Wirtschaft liegt darnieder, immer weniger Arbeiter können sich Zeitung noch leisten. Mit dem Ende der Inflation und dem Beginn des Wirtschaftsaufschwungs steigen die Auflagen wieder, im ersten Halbjahr 1924 allein um 300 000. Mit dem Streben nach einem besseren Leben befinden sich die SPD und ihre Medien im kulturellen Kraftfeld ihrer Zeit. Bildung, Kultur, Architektur und sozialer Fortschritt – für die Sozialdemokratie und ihre Presse gehört das zusammen. Enge Verbindungen gibt es zum Bauhaus. Schon 1919 erscheint im „Vorwärts" das Bauhausmanifest von Walter Gropius. Bauhausarchitekten errichten SPD-Parteihäuser wie das in Köthen und helle, luftige Wohnungen wie die May-Siedlungen in Frankfurt. Der Sozialdemokratische Bücherkreis, der sich die „Pflege des guten und wertvollen Buches" zum Ziel gesetzt hat, wählt ein Logo ganz im Stil der neuen Zeit.

In Summe schließt die ddvg das Geschäftsjahr 2012 mit einem Ergebnis von -14,1 Mio. € ab (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Neben den beschriebenen Einmaleffekten trug auch ein rückläufiges Betriebsergebnis zu der negativen Entwicklung bei: 13,0 Mio. € (Vorjahr: 15,9 Mio. €).

Das negative Betriebsergebnis ist einerseits konjunkturbedingt, jedoch andererseits auch struktureller Natur. Das Kerngeschäft der ddvg, Beteiligungen an Tageszeitungsverlagen, leidet seit der Jahrtausendwende unter einem radikalen Medienwandel: die Hinwendung von Publikum und Anzeigenkunden zu digitalen Angeboten. Ein Trend, der noch einige Jahre anhalten dürfte und die Medienmanager vor schwierige Aufgaben stellt.

Um der Strukturkrise zu trotzen, unterstützt die ddvg seit einigen Jahren die Beteiligungsgesellschaften mit einer klaren Strategie:

> neue Geschäftsfelder aufbauen, wo immer es sich im Regionalmarkt anbietet;
> Erzeugung von Skaleneffekten durch externes Wachstum, sprich Kauf von Verlagshäusern;
> Förderung von Kooperationen benachbarter Verlage, um Kooperationsdividenden zu generieren;
> Förderung der lokalen Kompetenz der Verlage, gerade auch in den Redaktionen;
> Kostensenkungen vornehmen, wo immer es geht.

Insbesondere der letztgenannte Aspekt stößt zunehmend an Grenzen, da einige Verlage bereits zahlreiche Kostensenkungsprogramme initiierten und deshalb allmählich eine Minimalausstattung erreicht haben, zuvorderst im Personalbereich. Gut ausgestattete Tarifverträge, die in Zeiten verhandelt wurden, als die Tageszeitungverlage stabile zweistellige Renditen erzielten, sind zunehmend nicht mehr finanzierbar. Die ddvg hat schon vor mehreren Jahren angemahnt, dass die Tarifparteien zu realistischen und nachhaltig finanzierbaren Vereinbarungen kommen müssen, um dem Flächentarif eine Chance zu geben. Leider wurden sowohl im Druckbereich als auch bei den Redakteuren keine neuen Tarifakzente gesetzt, so dass die Verlage gezwungen scheinen, eigene Wege zu gehen. In dieser Folge flüchten mehr und mehr Verlagshäuser in so genannte „OT-Mitgliedschaften“, gründen Betriebsteile (unter anderen Tarifbedingungen) aus oder schließen Betriebsteile, um deren Leistung günstiger am Markt einzukaufen

Eine mittelfristige Stabilisierung der Ergebnisse muss auch von der Erlösseite getragen werden. Deshalb investieren sämtliche Verlage in Angebote in die „neue digitale Welt“. Hierbei handelt es sich um eigene Informationsangebote im Netz ebenso wie Angebote für Smartphones und Tablets. Wenngleich diese Digital-Investitionen sich derzeit noch nicht rentieren, zeigen erste kleine Erfolge, dass mittelfristig ein neues Geschäftsmodell entstehen könnte. Die ddvg stützt die Beteiligungsverlage auf dem Weg in die Digital-Kommunikation.

Der Anfang vom Ende

Die Zeitung als Jobbörse – 1930 hat die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland im Griff. Arbeiter schließen sich zu Lesegemeinschaften zusammen, um wenigstens auf diese Weise „ihre“ Zeitungen weiter lesen zu können. Viele sozialdemokratische Verlage rutschen trotzdem ins Minus. Betriebe müssen schließen, die Zahl der Parteizeitungen geht von 203 Anfang 1929 auf 135 zurück. Fast 1200 Mitarbeiter müssen entlassen werden. Erst Anfang 1933 geht es wirtschaftlich langsam wieder aufwärts, aber nun beginnt die politische Verfolgung.

Bilanzposten und Kennziffern.

Das Geschäftsjahr 2012 wurde durch drei wesentliche Effekte belastet: Die Insolvenz der Frankfurter Rundschau, die Schließung des Druckereibetriebes in Bayreuth sowie die Einstellung des Schiffsbetriebs durch den Reedereipartner im Reisegeschäft. Diese Effekte sind im Finanz- und im Außerordentlichen Ergebnis abgebildet und belasten die ddvg mit über 25 Mio. €.

Gleichwohl ist das Betriebsergebnis mit 13 Mio. € deutlich positiv. Der Rückgang von 2,9 Mio. € erklärt sich neben dem allgemein rückläufigen Branchentrend im Markt der regionalen Tageszeitungen auch aus zusätzlichen Aufwendungen für Beratungs- und Finanzierungskosten im Zusammenhang mit den oben genannten Sondereffekten

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist weiterhin positiv und zeigt zusammen mit dem EBITDA, dass die ddvg solide aufgestellt ist.

Bilanzposten und Kennziffern	2012	2011
Jahresfehlbetrag (im Vj.-überschuss)(in Mio. €)	-14,1	0,9
Betriebsergebnis / EBITDA (in Mio. €)	13,0	15,9
Eigenkapital (in Mio. €)	43,7	59,8
Eigenkapitalquote	37,5%	53,3%
Bilanzsumme (in Mio. €)	116,4	112,1
Anlagedeckungsgrad*	63,9%	83,1%
Eigenkapitalrendite nach Steuern	-32,3%	1,5%
Gesamtkapitalrendite nach Steuern	-12,1%	0,8%
Cashflow (in Mio. €)**	9,7	13,2
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (in Mio. €)	11,5	4,1

**langfristiges Kapital/langfristig gebundenes Vermögen*
***Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gem. DRS2*

Verboten, verfolgt, verhaftet

Diktatur und Unterdrückung der Meinungsfreiheit – sie gehören zusammen. Als im Januar 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kommen, beginnen sie sofort mit Repressionen. Der „Vorwärts“, der am 28. Februar ̈uber den Reichstagsbrand berichtet, darf nicht mehr vertrieben werden. Am 10. Mai beschlagnahmen die Nationalsozialisten das gesamte, in 70 Jahren aufgebaute SPD-Vermögen, enteignen Betriebe, Anlagen und Grundstücke, verbrennen unliebsame Bücher und Zeitungen. Im Juni wird die SPD verboten, ihre Mitglieder werden verfolgt, verhaftet, gefoltert und ins Exil getrieben.

Bilanz.

Erläuterungen zu Aktiva.

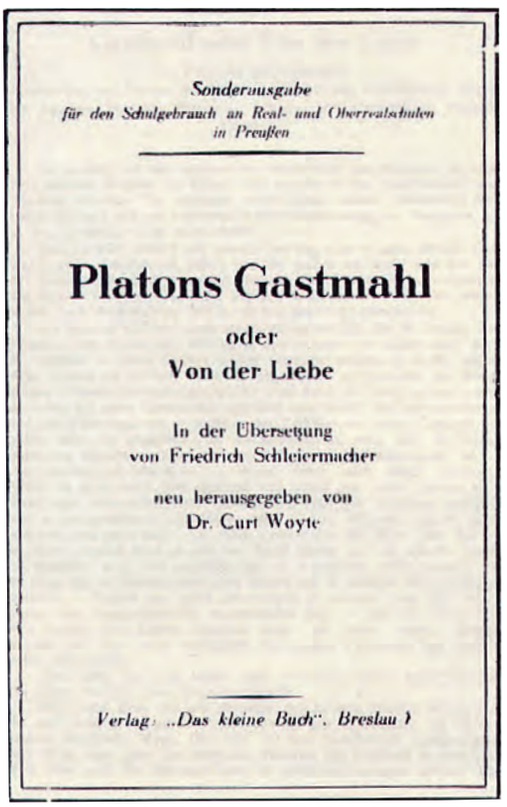
Aktiva (in Mio. €)	2012	2011	
Anlagevermögen	99,7	96,1	
Im Wesentlichen: Sachanlagen	2,8	2,9	
Anteile an Verbundenen Unternehmen	14,1	15,7	Rückgang durch Kapitalherabsetzung bei einer Tochtergesellschaft sowie Abschreibungen auf Beteiligungen im Druckbereich.
Beteiligungen	46,2	46,1	
Ausleihungen	36,7	31,5	Die Ausleihungen steigen durch Umgliederungen aus dem Umlaufvermögen sowie Darlehensgewährung an eine Beteiligungsgesellschaft.
Umlaufvermögen	16,6	16,0	
Im Wesentlichen: Forderungen gegenüber Verbundenen Unternehmen	5,3	3,2	Die Forderungen steigen aufgrund von Steuerzahlungen, die eine Tochtergesellschaft zu leisten hatte.
Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	3,0	3,3	
Bankguthaben	0,3	1,3	
Sonstige Vermögensgegenstände	8,0	8,2	Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten unverändert überwiegend Forderungen gegenüber dem Finanzamt.
Bilanzsumme	116,4	112,1	

Erläuterungen zu Passiva.

Passiva (in Mio. €)	2012	2011	
Eigenkapital	**43,7**	**59,8**	
Stammkapital	**36,0**	**36,0**	
Gewinnrücklagen	**0,0**	**0,0**	
Gewinnvortrag	**21,7**	**22,9**	Aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2011 wurden in 2012 Dividenden von 2,0 Mio. € ausgeschüttet.
Jahresüberschuss	**-14,1**	**0,9**	
Rückstellungen	**12,5**	**13,2**	
für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**6,6**	**7,1**	Da keine neuen Pensionsvereinbarungen abgeschlossen werden, sinken die Rückstellungen kontinuierlich.
Steuerrückstellungen	**2,5**	**2,8**	Die Steuerrückstellungen beinhalten überwiegend Risiken aufgrund von Betriebsprüfungen.
Sonstige Rückstellungen	**3,3**	**3,3**	
Verbindlichkeiten	**60,2**	**39,1**	
gegenüber Kreditinstituten	**11,5**	**4,1**	Zusätzlicher Finanzierungsbedarf im Zusammenhang mit dem Reisegeschäft und Restrukturierungskosten. Darüber hinaus wurde einer Beteiligungsgesellschaft ein Darlehen gewährt.
gegenü ber Verbundenen Unternehmen	**10,5**	**11,9**	Aufgrund geringerer Umsätze einer Tochtergesellschaft sank die im Rahmen des Cash-Pools zur Verfügung gestellte Liquidität.
gegenü ber Beteiligungsunternehmen	**8,4**	**5,8**	Stichtagsbedingte Veränderungen bei Darlehen von Beteiligungsgesellschaften.
Sonstige Verbindlichkeiten	**29,3**	**17,1**	In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind wesentliche Teile der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Insolvenz der Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH abgebildet.
Bilanzsumme	**116,4**	**112,1**	

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Erfolgsübersicht (in Mio. €)	2012	2011	
Umsätze / Betriebliche Erträge	0,8	0,6	
Beteiligungsergebnis darunter: Medienbeteiligungen	16,4 16,7	18,9 17,8	
Personalaufwendungen	-1,4	-1,3	Bei unverändertem Personalstand sind die Aufwendungen stabil.
Beraterhonorare	-1,4	-0,9	Der Beratungsaufwand stieg durch die Begleitung von Restrukturierungsmaßnahmen und im Zusammenhang mit der Insolvenz der Frankfurter Rundschau.
Sonstige Aufwendungen	-1,4	-1,4	Die sonstigen Aufwendungen beinhalten Spenden in Höhe von 0,5 Mio. €.
Betriebsergebnis/EBITDA	13,0	15,9	
Abschreibungen	-0,1	-0,1	
Finanzergebnis a.o. Ergebnis	-15,7 -10,3	-12,8 0,0	Im Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis bilden sich Ergebnisbelastungen aus der Insolvenz der Frankfurter Rundschau, der Schließung des Druckereibetriebes in Bayreuth sowie der Einstellung des Schiffsbetriebs durch den Reedereipartner im Reisegeschäft ab.
Steuern	-1,0	-2,1	
Jahresüberschuss	-14,1	0,9	



Sonderausgabe
für den Schulgebrauch an Real- und Oberrealschulen
in Preußen

Platons Gastmahl

oder
Von der Liebe

In der Übersetzung
von Friedrich Schleiermacher

neu herausgegeben von
Dr. Curt Woyte

Verlag: „Das kleine Buch", Breslau

DIE KUNST DES SELBSTRASIERENS

Neue Wege
männlicher Kosmetik

H. F. G. & Cie.
Hamburg-London-Paris-New York

Die Freiheit lebt im Untergrund

Unverfängliche Titel, brisanter Inhalt – die ins Exil getriebenen Sozialdemokraten bekämpfen die Nationalsozialisten vor allem auch publizistisch. „Die Kunst des Selbstrasierens" von 1934 enthält das „Prager Manifest", in dem die Exil-SPD zum Sturz des Nationalsozialimus aufruft. Die erste Ausgabe des „Neuen Vorwärts" erscheint im Juni 1933 in Karlsbad. Sie enthält den Aufruf „Zerbrecht die Ketten!", mit dem sich der Exil-Parteivorstand an die Genossen wendet. Lastenschiffer, Fischer, Bahnbeamte, als Pendler oder Pilzesammler getarnte Kuriere schmuggeln die Publikationen der Sozialdemokraten unter Lebensgefahr ins nationalsozialistische Deutschland. Als Miniaturdrucke werden sie in Seifenschachteln oder Garnrollen versteckt.

Beteiligungsergebnis nach Sparten.

Sparte (in Mio. €)	2012	2011	Abweichung in Mio. €.
Medien	16,7	17,8	-1,1
	Zu den einzelnen **Beteiligungen** der ddvg: Die **Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG** (Sächsische Zeitung, Morgenpost Sachsen) konnte einen steigenden Ergebnisbeitrag leisten, da aus dem Logistikbereich eine höhere Gewinnausschüttung vereinnahmt wurde. Insgesamt ist die Ergebnissituation unverändert erfreulich; durch die starke regionale Verankerung des Unternehmens können die „Nebengeschäfte" weiter ausgebaut werden.		
	Die **Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG** hatte 2012 ein leicht rückläufiges Ergebnis aufgrund von Akquisitions- und Finanzierungskosten zu verzeichnen. Um im Konzernverbund Synergien zu realisieren, sind breit angelegte Restrukturierungsmaßnahmen erforderlich. Mittelfristig wird wieder mit einem Anstieg des Ertrages gerechnet.		
	Die mittelbare Beteiligung an der **Nordbayerischer Kurier GmbH & Co. KG** (über Druckhaus Bayreuth GmbH) konnte die Verluste im Anzeigengeschäft nicht kompensieren, so dass zusammen mit zusätzlichen Kosten für Personalanpassungen ein deutlicher Ergebnisrückgang hingenommen werden musste.		
	Die **Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG**, deren Ergebnis mittelbar über die 100%ige Tochtergesellschaft Presse-Druck GmbH vereinnahmt wird, schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem deutlich geringeren Ergebnis ab als in Vorjahren. Anzeigenrückgänge, insbesondere der Rückzug der Discounter aus der Tageszeitungswerbung, treffen das Unternehmen erheblich. Zudem konnten in 2011 durch diverse Jubiläums-Veranstaltungen einmalige Umsätze realisiert werden.		
	Bei der **Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG** konnte trotz der langen Restrukturierungsphase keine dauerhafte Trendwende erreicht werden. Die Beteiligung wurde mittlerweile an den Mehrheitsgesellschafter veräußert.		
	Die **Verlagsgruppe Hof, Coburg, Suhl** konnte 2012 das Ergebnisnivau leicht verbessern. Dabei konnten Rückgänge im Anzeigengeschäft durch ein striktes Kostenmanagement aufgefangen werden.		
	An der **Cuxhaven-Niederelbe Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG** ist die ddvg über die OLIVA Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH beteiligt. Das Ergebnis war leicht rückläufig, allerdings insgesamt immer noch auf einem erfreulich hohen Niveau. Dabei zeigen insbesondere Investitionen in das Qualitätsmanagement Erfolge.		
Druckereien	0,0	-0,1	0,1
	Die Druckbranche befindet sich unverändert in einem deutlichen Abwärtstrend. Die **Druckbeteiligungen** der ddvg mussten 2012 erhebliche Verluste hinnehmen. Da marktseitig keine Impulse zu erwarten sind, erscheint eine Trendwende nur durch deutliche Einschnitte auf der Kostenseite möglich. Hierfür wurden entsprechende Projekte initiiert, die allerdings erst mittelfristig Erfolge zeigen werden.		
Handel und Service	-0,3	1,2	-1,5
	Das Ergebnis im Bereich **Handel und Service** wurde durch Einmaleffekte belastet, so dass insgesamt ein Verlust zu verzeichnen war. Zudem drücken Überkapazitäten in der Papierproduktion zusammen mit sinkenden Abnahmemengen die Preisentwicklung im Papiermarkt.		
Tourismus	0,0	0,0	0,0
	Die Vermarktung des Kreuzfahrtschiffes MS Princess Daphne bei der **FFR Ferien-, Freizeit- und Reise-Service GmbH** musste auf Grund der Einstellung des Schiffsbetriebs durch den Reedereipartner im Herbst 2012 beendet werden. Neben fehlenden Umsätzen führen Nachlaufkosten zu einem erheblichen Verlust.		

Der Neubeginn 1945

Die junge Demokratie in Deutschland braucht eine freie Presse – doch die haben die Nationalsozialisten vernichtet. Deshalb fordern die Alliierten Besatzungsmächte die demokratischen Parteien auf, Vertrauensleute zu benennen. Die erhalten eine Zeitungslizenz, die sie berechtigt, einzeln oder als überparteiliche Gruppe eine Zeitung herausgeben. Diese Lizenzpolitik ist die wichtigste Grundlage fur die Wiedergeburt der SPD-Medien. Einer der ersten, der eine solche Lizenz erhält, ist der Journalist Arno Scholz, dem der britische General William Alexander Bishop am 15. März 1946 die Lizenz für den „Berliner Telegraf“ überreicht. Im Sommer 1947 erscheinen in den Westzonen 17 sozialdemokratische Blätter mit einer Gesamtauflage von knapp 2,5 Millionen. Mit ihrem Anspruch, „moderne Nachrichtenblätter“ zu sein, erreichen die SPD-Zeitungen breite Leserschichten.

Unternehmens-verfassung.

Als Generaltreuhänderin des Vorstandes der SPD ist deren Schatzmeisterin mit der Verwaltung des Vermögens beauftragt. In dieser Funktion ist sie Gesellschafterin der ddvg. Sie wird in ihrer Arbeit von einem Treuhand-Aufsichtsrat begleitet.

Die Geschäftsführung der ddvg arbeitet im Rahmen der Unternehmensverfassung in eigener Verantwortung.

Die Gewinnausschüttungen unterliegen den steuerlichen Vorschriften; Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag werden fristgemäß an das Finanzamt abgeführt.

Die vereinnahmten Gewinne werden im Rechenschaftsbericht der SPD nach den Vorschriften des Parteiengesetzes ausgewiesen.

Geschäftsführung:
Jens Berendsen
Matthias Linnekugel

Gesellschafter:
Dr. Barbara Hendricks als Generaltreuhänderin* für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Treuhand-Aufsichtsrat**:
Björn Engholm
Dr. Barbara Hendricks
Uwe Jacobsen
Sigrid Keler
Nadja Lüders (ab September 2012)
Ernst Maul
Dr. Werner Müller
Prof. Jobst Plog
Inge Wettig-Danielmeier (Vorsitzende)

*Die Generaltreuhänderin hält 94,67% an der ddvg: 5,33% werden von der Solidarität GmbH gehalten, treuhänderisch für den Parteivorstand der SPD.

**Der Treuhand-Aufsichtsrat berät den/die Generaltreuhänder/in in den wirtschaftlichen Grundsatzfragen des Unternehmens- und Liegenschaftsbereichs.

Das erste Zeitungssterben: Auf den Aufschwung folgt Ernüchterung

1949 endet die Lizenzpflicht der Alliierten für Druckerzeugnisse – und neue Zeitungen und Zeitschriften schießen wie Pilze aus dem Boden. Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre mit seinem florierenden Anzeigengeschäft liefert dafür den Treibstoff, von dem auch die SPD-Presse profitiert. Doch der Boom ist nicht von Dauer. Sozialdemokratische Milieus beginnen sich aufzulösen, die „eigene" Zeitung zu abonnieren ist nicht mehr selbstverständlich. Das Fernsehen konkurriert auf dem Werbemarkt, Produktions- und Vertriebskosten steigen. Die Wirtschaftskrise 1966/67 offenbart die prekäre Lage der SPD-Medien. Sie machten 1966 einen Verlust von 10 Millionen Mark. Um dauerhafte Subventionen und eine Gefährdung der Parteifinanzen zu vermeiden, sieht sich die SPD gezwungen, defizitäre Blätter einzustellen.

THEMA:

IN DER KLEMME.

Breivik in Norwegen und die NSU in Deutschland - der Rechtsterrorismus ist nicht nur in diesen beiden Ländern ein Phänomen massiver politischer Kriminalität, das auch für den Journalismus schwerwiegende Probleme aufwirft. Was hätte er wissen müssen und rechtzeitig berichten können? Wird hingeschaut oder weggeguckt? Wieviel Öffentlichkeit "verdienen" die Täter und ertragen die Opfer? Welche Rolle spielt das Internet?
In einem Symposium der Hamburg Media School und der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung diskutierten Experten aus Norwegen und Deutschland diese und andere Fragen, die das Selbstverständnis aller Redaktionen herausfordern. Auch und vor allem im Lokalen. Die folgenden Texte sind ein Nachdruck der Tagungsdokumentation aus: Message, Internationale Zeitschrift für Journalismus, Ausgabe 1/2013.

Eine Talkshow im griechischen Fernsehen, Anfang Juni 2012: Ilias Kasidiaris, Sprecher der rechtsextremen »Goldenen Morgenröte«, schlägt auf eine Abgeordnete der kommunistischen Partei ein. Die Bilder gehen um die Welt und sind für internationale Medien Anlass, über den Aufstieg der Rechten in Griechenland zu berichten. Ein Thema, das die meisten Journalisten vorher vernachlässigt hatten. Dabei ist Griechenland das Land in Europa, in dem der Rechtsextremismus am meisten Zulauf hat.

Spiegel mit blindem Fleck

Die Morde des NSU in Deutschland und das Massaker des Norwegers Breivik kamen nicht aus heiterem Himmel. Wie kann Journalismus terroristische Tendenzen frühzeitig erkennen?

Dokumentiert von Liske Jaax und Tim Kukral

Gerade das Beispiel Griechenland zeige, wie wichtig es sei, dass Journalismus beim Thema Rechtsextremismus Hintergründe und Zusammenhänge aufzeigt, sagte Sven Egil Omdal, Redakteur bei der norwegischen Tageszeitung Stavanger Aftenblad, auf dem Hamburger Symposium auf Einladung der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung und der Hamburg Media School Anfang November. Die Korruption im Land, die gefühlte Ohnmacht gegenüber der sogenannten Troika, die Massen an Einwanderern, die in das Land strömen – all das schaffe einen fruchtbaren Boden für rechte Hetzer, so Omdal. Doch viele Journalisten hätten Angst, es könne der Eindruck entstehen, sie würden rechte Gewalt rechtfertigen, wenn sie die Hintergründe darstellen – ob in Griechenland, in Norwegen oder in Deutschland. Über das Thema Rechtsextremismus diskutierten der Journalist Omdal, sein Landsmann, der Medienwissenschaftler Svein Brurås, und dessen deutsche Kollegen Horst Pöttker, Christian Schicha und Michael Haller. In einem waren sie sich einig: Die Medien müssen Neonazis und andere Rechtsextremisten ernst nehmen. »Die glauben an das, was sie sagen«, betonte Pöttker, Journalistik-Professor an der TU Dortmund. »Wir dürfen sie nicht für verrückt erklären. Wenn wir das tun, dann müssten wir auch einen großen Teil unserer Eltern und Großeltern für verrückt erklären«, sagte er mit Anspielung auf die NS-Zeit.
Viele Journalisten wüssten um die Gefahr, die von Rechtsextremen ausgehe, so die Einschätzungen im Symposium. Trotzdem – oder gerade deswegen – schreckten viele vor einer Berichterstattung über die Radikalen zurück.
Insbesondere Lokaljournalisten müssten häufig um ihre Sicherheit fürchten, wenn sie über die Rechten in ihrem Ort berichteten. Hinzu komme die Furcht, als Nestbeschmutzer zu gelten, der die eigene Gemeinde durch seine Beiträge ins rechte Zwielicht rücke.
Eine besondere Herausforderung ist die Berichterstattung über Rechte, die sich in ihrem Auftreten eher bürgerlich als radikal geben. Dies ist zum Beispiel bei Islamhassern der Fall, für die die Ideologie der Nationalsozialisten nur noch eine geringe bis gar keine Rolle spielt. Im Zentrum ihres Hasses stehen die in Europa lebenden Muslime und ihre Religion. Hauptschwierigkeit für Journalisten dabei ist es, die Trennlinie zwischen legitimer Religionskritik auf der einen und Volksverhetzung auf der anderen Seite zu erkennen.
Einen Grund dafür, weshalb diese Trennung so schwerfällt, sah Tagungsleiter und Message-Herausgeber Michael Haller in der »Multi-Kulti-Ideologie der 80er-Jahre«. Damals seien Probleme, die dem Ideal der multikulturellen Gesellschaft widersprachen, in den Medien kaum thematisiert worden. So habe man radikalen Kräften das Feld überlassen. Dabei könne beispielsweise ein Stadtteilporträt über Berlin-Kreuzberg für Aufklärung sorgen.
Doch viele Journalisten hätten Angst, damit einer Stigmatisierung Vorschub zu leisten, sagte Haller. Das müsse aber nicht unbedingt der Fall sein. Vielmehr könne ein solches Porträt, vermutet auch der Norweger Omdal, zur Überwindung von Vorurteilen beitragen – zumindest dann, wenn der Journalist Sensationalismus vermeide. Er könne zeigen, dass auch in sogenannten »Problemvierteln« Kriminelle und radikale Islamisten nur eine kleine Minderheit seien. Und dass die Mehrheit der Zugewanderten das friedliche Zusammenleben suche. Daher forderte Medienwissenschaftler Svein Brurås: »Make the moderate immigrants visible!«
Vielerlei Hemmnisse und blinde Flecken führen dazu, dass die Berichterstattung über Rechtsextremismus und -terrorismus oft erst dann einsetzt, wenn etwas passiert ist. Die Anschläge von Anders Behring Breivik in Norwegen oder die lange unentdeckte Mordserie der Zwickauer Terrorzelle namens NSU liefern schließlich spektakuläre Anlässe für die Berichterstattung.
Michael Haller beklagte das: »Ohne Aufhänger wird über Rechtsextremismus kaum berichtet.«
Strittig ist, ob gute Journalisten dieses Gesetz des Medienbetriebs überwinden können. Journalistik-Professor Pöttker meint, sie müssten: »Journalismus ist auch ein kreativer Beruf!« Der Journalist

Parteilichkeit und Wirtschaftlichkeit

Politisch auf dem Höhepunkt der Macht, verlegerisch in schwerer See – den Zeitungsverlagen der SPD nützen die politischen Erfolge bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972 wenig. Der Konflikt „parteiliche Meinung zu vertreten“ und „auch noch Gewinn zu erwirtschaften“, so Schatzmeister Wilhelm Dröscher 1975, bleibt unlösbar. In der Folgezeit wandelt sich deshalb das Medienengagement der SPD: Wo immer es ging, bildete man mit der örtlichen koservativen Konkurrenz gemeinsame leistungsfähige Regionalzeitungsverlage, in denen sich die SPD auf Minderheitsbeteiligungen beschränkte. Und das Zeitungsmachen überlies man fortan den Journalisten.

solle sich fragen: »Wie bringe ich das meinem Publikum näher?« – auch dann, wenn ihm dessen Aufmerksamkeit nicht ohnehin durch einen Anschlag sicher sei.

Doch wie genau kann eine Berichterstattung ¨uber komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge gefördert werden? Verschiedene Ideen wurden diskutiert. Christian Schicha, Professor für Medienethik und Chefredakteur der Zeitschrift für Medienethik, sieht das Problem nicht nur bei den Journalisten: »für viele Leser sind tiefere Analysen und Einordnungen unsexy.« Schicha vermutet, eine regelmäßige Berichterstattung über Rechts könne nur ¨uber Einzelschicksale und prominente Figuren vermittelt werden. Trotzdem sei es Aufgabe von Qualitätsmedien, auch die Hintergründe zu beleuchten. Denn wenn Journalisten sich nur an den Interessen ihrer Rezipienten orientierten, müssten sie konsequenterweise nur noch Service-Themen anbieten. Die fänden beim Publikum am meisten Beachtung, so Schicha. Haller und Pöttker widersprachen. Ihrer Meinung nach schließt das Interesse des Publikums an Service-Themen eine Beschäftigung mit gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen nicht aus. Problematisch hingegen ist es Haller zufolge, dass sich die meisten Journalisten aus der Mittelschicht rekrutieren. Von Problemen in den sozialen Brennpunkten seien sie daher weniger betroffen – umso leichter falle es ihnen, diese heiklen Randzonen zu ignorieren. Häufig würden Journalisten an der Alltagserfahrung ihrer Leser vorbeischreiben. Ein Problem, das Sven Egil Omdal vom Stavanger Aftenblad auch aus Norwegen kennt: »Die weiße Mittelschicht schreibt über die weiße Mittelschicht.

Der hohe Anteil an Immigranten spiegelt sich nicht in den Medien wider.« Dabei sei gerade das die Basis-Aufgabe von Journalismus, findet Omdal. »In jedem Land gibt es ein Magazin oder eine Zeitung mit dem Namen The Mirror oder Der Spiegel. Denn genau das ist es, was Journalismus sein sollte: ein Spiegel der Gesellschaft.«

»Schlicht entsetzt« sei er gewesen, sagte Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, zum Auftakt des Hamburger Symposiums, als er die Reaktionen von Justiz, Politik und vor allem den Medien auf die Entdeckung der Terrorzelle NSU in Deutschland sowie den norwegischen Massenmord des Anders Behring Breivik beobachtete. Eine einheitliche und tiefgründige Strategie im Umgang mit Rechtsterrorismus sei nicht zu erkennen gewesen, vor allem keine Krisenstrategie, so der Kriminologe.

Gewundert habe er sich über die »geringe Power«, mit der die Polizei auf die ersten Ausländermorde reagiert habe, auch über das geringe Interesse der Medien. Die Mordserie der terroristischen Vereinigung NSU sei verharmlost und falsch zugeordnet worden. Weil es »Döner-Morde« waren? »Stellen Sie sich vor, es wären anstelle der türkischen Kleinhändler deutsche Banker ermordet worden – erst drei, dann vier, dann fünf und sechs. Glauben Sie nicht auch, dass dann ganz anders ermittelt worden wäre?«

Den Irrtümern der Ermittlungsbehörden erlag aber auch Pfeiffer damals. Als Berater einer bayerischen Sonderkommission kam auch ihm nicht der Verdacht, es könnten Neonazis hinter den Morden stecken. Warum nicht? Weil es kein Bekennerschreiben gegeben habe, das zum Muster fast aller terroristischen Attentate weltweit gehöre. Dass es auch ohne gehe, dass die Mörder sich am Ende nicht bekannten, weil sie ihr verstecktes Privatleben mit Ostsee-Urlauben nicht verlieren wollten, »diese Fantasie hatten wir nicht in der Ermittlungsgruppe«, räumte der Kriminologe ein. »Wir haben diese Serie von Taten wie Eifersuchtsdelikte behandelt, nichts für die ganz große Politik.«

Besser warm anziehen!

Christian Pfeiffer, Experte im Bereich Gewaltforschung, kritisiert behördliche Inkompetenz im Umgang mit rechter Gewalt und das generelle Desinteresse der Mainstream-Medien.

Dokumentiert von Lea Semen

Der Journalist Patrick Gensing, der unter anderem für tagesschau.de und das ARD-Magazin Panorama arbeitet, zweifelte Pfeiffers Darstellung an: Nicht ein Mangel an logistischem Aufwand oder Fantasie hätten zur Nichtentdeckung geführt, sondern »ideologische Verblendung« der Behörden und Ermittler.

Aus Sicht von Pfeiffer haben die norwegische Justiz und die Medien des Landes im Umgang mit dem Rechtsterroristen Breivik falsch gehandelt. »Breivik wollte als Krieger gezeigt werden, und das hat er geschafft. Jetzt hat er Heldenstatus.« Der größte Fehler sei die norwegische Liveübertragung der Gerichtsverhandlung über Breivik gewesen.

»Die Medien bieten Attentätern wie ihm eine Weltb¨uhne.« Aus politisch motiviertem Hass tötete Breivik am 22. Juli 2011 77 Menschen in Oslo und auf der Ferieninsel Utøya, die Mehrzahl davon Kinder und Jugendliche.

Im norwegischen Breivik-Prozess, »ging es nicht um die Wahrheit, die war klar«, kritisierte Pfeiffer den live übertragenen Prozess. Doch muss ein kritischer Journalismus nicht eine schonungslose Öffentlichkeit bieten?

Ja, sagte Gensing: »Das Gericht hat recht daran getan, den Prozess öffentlich zu machen, denn so musste sich die Öffentlichkeit noch einmal mit Breivik auseinandersetzen. Er konnte sich im Gericht auch nicht inszenieren. Breivik ist kein Held in dieser Szene.«

Ähnlich äußerten sich die norwegischen Gäste: Breivik sei wie ein zwar extremer, aber eben auch ‚normaler' Krimineller behandelt worden – daher die in Norwegen wie bei jedem anderen Strafprozess mögliche Direktübertragung im Fernsehen.

Pfeiffer wartete in seinem Vortrag noch mit einem drastischen deutschen Beispiel auf: Eine Nazi-Gegnerin war nach einer Gegen-Rechts-Demonstration und einem Zeitungsinterview wegen ihres Vornamens »Sarah« als »jüdische Affenfotze« beschimpft worden. Ein anonymer Briefeschreiber drohte ihr, »in ihr offenliegendes Gedärm zu pissen«.

Mit diesem Fall aus Langenhagen bei Hannover war Pfeiffer in seiner Zeit als niedersächsischer Justizminister (2000 bis 2003) konfrontiert. Gegen¨uber der örtlichen Presse plädierte er damals für eine Art Nachrichtensperre: »Meine Bitte war: Auf keinen Fall darf dieser Brief zitiert werden in den Medien.«

Denn genau das sei es, was der Anonymus erreichen wolle. »Zum Glück haben sich die Medien überzeugen lassen, die große Bühne hat er nicht bekommen.«

Rang 7

Wichtiger Beitrag zur mittelständischen Medienstruktur in Deutschland – im Ergebnis ist die SPD über ihre Holding ddvg mittelbar an 25 Lokal- und Regionalzeitungen beteiligt – mit einer Ausnahme als Minderheitsgesellschafter. Sie stehen für eine Gesamtauflage von circa 1,6 Millionen Exemplaren, von denen der ddvg nach der Statistik des Dortmunder Formatt-Instituts circa 500.000 zuzurechnen sind. Damit steht die ddvg auf Platz 7 im Ranking der Verlage der Tagespresse: Ein Beitrag zum Erhalt der Eigentümervielfalt in der deutschen Zeitungslandschaft.

Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserats, hält nichts vom Versuch, etwas totzuschweigen. Einen solchen Vorfall könne man in einer offenen Gesellschaft nicht »diskret« handhaben, zumal heute, da das Internet jedes Gerücht in Echtzeit vervielfältige. Ähnlich äußerte sich der Medienwissenschaftler Christian Schicha: »Darauf komplett zu verzichten ist aus meiner Sicht keine Lösung.«

Pfeiffers Eindruck: »Dort, wo Zentren des Rechtsextremismus sind, versagen örtliche Journalisten.« In einem Forschungsprojekt will der Kriminologe nun das Verschweigen von Rechtsextremismus auf lokaler Ebene detailliert nachweisen. Schon jetzt könne er sagen, Deutschlands Journalisten müssten sich angesichts der absehbaren Studienergebnisse »warm anziehen«.

Laut Pfeiffer geht die generelle Neigung zur Verharmlosung rechter Gewalt auf lokale Traditionen von Rechtsextremismus sowie Gegenwartsursachen zurück. Besonders im Lokaljournalismus seien Negativ-Schlagzeilen unerwünscht, vornehmlich aus Angst der Zeitungen vor wirtschaftlichen Einbußen, und davor, der Mythos einer ordentlichen Stadt könne Schaden nehmen. Patrick Gensing erinnerte in der Diskussion an die äußeren Umstände: »Wir arbeiten unter nicht optimalen Bedingungen.

Viele Kollegen arbeiten unter einem harten wirtschaftlichen Druck, da bleibt wenig Zeit für Recherchen, wenig Zeit, sich mit einer möglicherweise rassistischen Schlägerei auf dem Dorf auseinanderzusetzen und erst mal zu recherchieren, ob die Angaben der Polizei überhaupt richtig sind.« Engagierte und mutige Redakteure hätten kaum eine Chance, glaubt Pfeiffer.

»Das wahre Ausmaß von Rechtsextremismus soll nicht gezeigt werden. Doch damit begünstigt der Journalismus die Heranbildung von rechtsextremen Zentren. Und dieses lokale Geflecht muss aufgedeckt werden.«

Journalisten hingegen, die offen und tiefgründig recherchieren und berichten, seien ein Zeichen für eine funktionierende Zivilgesellschaft. »Davon haben wir zu wenige. Doch man muss den Kampf aufnehmen. Wir brauchen einen Sieg der Anständigen«, forderte Pfeiffer.

Wenn Finn Våga ¨uber den Attentäter Anders Breivik und die Anschläge auf Utøya und in Oslo spricht, nennt der Redakteur des Stavanger Aftenblads die schrecklichen Ereignisse im Juni 2011 das »dunkelste Kapitel in der jüngeren Vergangenheit«.

Für die norwegischen Journalisten sei der Umgang mit diesem Vorfall die vielleicht größte Herausforderung gewesen. Bisher habe es in der Geschichte des kleinen skandinavischen Landes kein vergleichbares Ereignis gegeben, so Våga, Mitglied im Vorstand der norwegischen Journalisten-Vereinigung. Dieses singuläre Ereignis extremer Gewalt angemessen abzubilden, sei schwergefallen. Dennoch hätten die norwegischen Medien vorbildlich reagiert, findet der Aftenblad-Redakteur.

Natürlich seien auch die Journalisten von der Tragödie schockiert gewesen. Zusätzlich hätten sie sich mit vielen Fragen konfrontiert gesehen, die sie zunächst gar nicht beantworten konnten. Wie sollten Opfer und Hinterbliebene in Interviews behandelt werden, welche Fotos kann eine Zeitung zeigen und welche nicht? Beispiele für eine plötzliche Unsicherheit unter den Journalisten. Doch insgesamt scheinen die norwegischen Medien ihrer Verantwortung gerecht geworden zu sein. Laut Våga hatte der Norwegische Presserat im Nachhinein weniger Beschwerden zu bearbeiten als erwartet. Problematisiert wurden vor allem Fotos, die nach dem Anschlag bei einer Rekonstruktion des Tathergangs aufgenommen worden waren. Sie zeigten Breivik mit gezogener Waffe auf Utøya. Solche Bilder verursachten unnötigen Schmerz bei den Opfern und der Bevölkerung, entschied das Gremium. Kritisch betrachtet wurde auch die Anzahl der Titelseiten, die den Attentäter zeigten.

Meist verantwortungsvoll.

Welche Unterschiede gab es zwischen Norwegen und Deutschland in der journalistischen Reaktion auf Rechtsterrorismus?

Dokumentiert von Janette Höfer, Christina Heller und Janis Dietz

Weitere Kritikpunkte waren unter anderem Fotos, auf denen Opfer identifizierbar waren. Anders als in Deutschland entschied der Norwegische Presserat jedoch, dass die Opfer mit Bild und vollem Namen gezeigt werden dürfen. Detaillierte Zitate Breiviks hingegen, die nur seine Selbstdarstellung förderten, aber keine Informationen enthielten, wurden vom Norwegischen Presserat kritisiert.

Scharfe Kritik übte Våga an bestimmten internationalen Veröffentlichungen. Breivik in Fantasieuniformen, aber auch Privataufnahmen, die ihn mit seiner Mutter und Schwester zeigten, seien veröffentlicht worden – in Norwegen sei dies nicht geschehen. Ausländische Medien hätten bei der Berichterstattung oft Grenzen überschritten, die von norwegischen Medien respektiert worden seien.

Beim deutschen Presserat, berichtete dessen Geschäftsführer Lutz Tillmanns, gingen 18 Beschwerden im Zusammenhang mit Breiviks Morden ein. Darin wurde kritisiert, dass die Opfer mit Bildern und vollem Namen gezeigt wurden. In Deutschland sei es presseethisch nicht vertretbar, ohne Zustimmung den vollen Namen von Opfern zu nennen oder ihre Fotos zu zeigen, stellte Tillmanns klar. Opfer hätten einen besonderen Anspruch darauf, dass ihre Persönlichkeitsrechte gewahrt würden. Das sei höher zu bewerten als das öffentliche Interesse an solch einem Fall. Allgemein stelle sich die Frage, wann Fotos als Dokumente der Zeitgeschichte anzusehen seien und insofern veröffentlicht werden dürften – und wann sie nur unangemessenem Sensationalismus dienten.

Im Fall der deutschen Berichterstattung über den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ging Tillmanns stärker auf den generellen Umgang der deutschen Medien mit dem Thema Rechtsextremismus ein. Seit im November 2011 die Zwickauer Terrorzelle aufgedeckt wurde, hätten die Medien rechte Gewalt verstärkt thematisiert, bilanzierte der Geschäftsfuhrer des Presserats. Die Aufarbeitung der Problematik sei unterdessen lückenhaft geblieben. Das liege vor allem am typischen Zyklus der Aufmerksamkeit für ein Thema. Nach einer kurzen Phase, in der das Thema ¨uberall besprochen werde, folge meist ein rapider Rückgang der medialen Thematisierung. Danach verenge sich die Berichterstattung nur noch auf Schlagworte.

Bleibt die Frage, ob der Presserat nur ex negativo tätig werden oder auch Handlungsempfehlung für eine bessere Praxis geben

Verfassungsgericht: Ja zu Medienbeteiligungen

„Wir haben einen Besitz, den wir pflegen“, sagt SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks. Aber es ist auch ein Besitz, der CDU und FDP ein Dorn im Auge ist. Verschiedene Bundesländer ändern Anfang des neuen Jahrtausends ihre Landesmediengesetze so, dass die Rundfunkbeteiligungen der ddvg oder von Zeitungsverlagen, an denen die ddvg beteiligt ist, unmöglich gemacht werden. Dagegen klagt die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag vor dem Bundesverfassungsgericht. Das gibt der SPD Recht. Es entschied 2008: „... das absolute Verbot für politische Parteien, sich an privaten Rundfunkveranstaltern zu beteiligen, (ist) keine zulässige Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit“. Darüber hinaus stellt das Gericht klar, dass der Auftrag der Parteien, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, die Möglichkeit einschließt, sich in Medien auch selbst zu engagieren. Das gilt eben auch für Zeitungen. Damit steht der Beitrag der ddvg zur Erhaltung der Medienvielfalt auf einem festeren Fundament denn je.

kann. Tillmanns blieb zurückhaltend. Das Gremium könne keine umfassenden Regeln aufstellen, wie die Medien am besten und nachhaltigsten mit dem Thema Rechtsextremismus umgehen sollten. Aber es könne dafür sorgen, dass sich ein Common Sense für qualitätsorientiertes journalistisches Arbeiten etabliere. Auch das sei eine wertvolle und notwendige Orientierungshilfe, meinte der Geschäftsführer des Presserates.

Im Internetzeitalter trügen Journalisten mehr denn je eine enorme Verantwortung. Innerhalb kürzester Zeit müssten sie oft entscheiden, welche Fotos, Informationen und Namen veröffentlicht würden – und welche nicht. Entscheidungen unter Zeitdruck sind es häufig, die ethisch brisante Folgen nach sich ziehen können. Rudeljournalismus, bei dem einer vom anderen abschreibe, ohne selber Fakten zu checken und zu recherchieren, komme gehäuft vor und solle vermieden werden, betonte der Geschäftsführer des Presserates. Der Journalismus sei heute manchmal von einer Tendenz zum Mainstream geprägt. Dieser Umstand, der Wettlauf um die originellsten Meldungen sowie die Neigung, Nachrichten vor Veröffentlichung nicht kritisch genug zu hinterfragen, sieht Tillmanns als Gefahrenpunkte.

Um die Qualität in journalistischen Medien zu wahren, brauche es daher immer eine breite öffentliche Diskussion, so Tillmanns. Die neuen Anforderungen, die mit dem Online-Journalismus verbunden sind, machten dies umso wichtiger. Journalismus müsse Verantwortung übernehmen, auch für die Auswirkungen seiner Berichte, deshalb sollten Journalisten Grundsätze, wie sie der Presserat aufstellt, unbedingt beachten, forderte Tillmanns.

»The heart is still an instrument«, sagte der Norweger Våga zum Abschluss. Damit sprach er das seiner Meinung nach hohe Verantwortungsbewusstsein vieler deutscher und norwegischer Journalisten im Fall Breivik an. Das Mitempfinden also als ein Organ der journalistischen Urteilskraft – ein Merkpunkt, der haften blieb.

Geht es um politischen Extremismus, sind die Medien gefangen in einem Dilemma, hin- und hergerissen zwischen Information und Propaganda. Das unbestrittene Ziel: den Ideologien des Hasses und der Gewalt keine Bühne bieten, sie nicht verstärken. Aber: Gelingt das, wenn man auch sagen und zeigen muss, worum es wirklich geht?

Foren, Mailinglisten und Chatrooms sind häufig genutzte Kommunikationskanäle für die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Was fangen Journalisten mit diesen im wahrsten Sinne rohen Materialien an?

»Als Journalisten haben wir versagt«, stellte Anders Børringbo ernüchtert fest. Der Redakteur des öffentlichrechtlichen Rundfunks Norwegens (NRK) sieht eine zentrale Ursache für das von ihm behauptete Versagen: Die Mohammed-Karikaturen 2006 und die daraus entstandenen Proteste hätten zu einer islamfeindlichen Stimmung in Norwegen geführt. Die Journalisten hätten übersehen, was darüber in Internetforen geschrieben wurde. »Islamophobe Aussagen wurden normal«, so Børringbo – plötzlich galten sie als eine Art Grundrauschen der Gesellschaft.

Demokratiefeindliche Inhalte sind durch das Internet besonders leicht zugänglich, so die These des Norwegers. In Internet-Foren und Blogs habe sich ein Zirkel des Bösen gebildet, dessen Teilnehmer sich gegenseitig anheizten. Breivik selbst sei ein Produkt des Internets.

Web 2.0
als rechte Bühne.

Ist das Internet besonders duldsam und durchlässig für rechtsextreme Propaganda? Zwar nutzen Rechte das Netz zur Verbreitung ihrer Ideologie. Die Ursache für rechten Terror ist es aber nicht.

Dokumentiert von Matthäus Kosik, Lina Maisel und Sonny Müller

»Er ist ein Internet-Selfmade-Terrorist.« Im Internet habe sich der spätere Massenmörder radikalisiert, gelernt wie man eine Bombe baut und ein Gewehr bedient. Doch die Neuen Medien für Rechtsextremismus und -terrorismus verantwortlich zu machen, wäre für Børringbo zu kurz gegriffen. Viel eher müsse nach der gesellschaftlichen Verantwortung gefragt werden. Denn Breivik hörte auf zu arbeiten, zahlte keine Steuern mehr und doch blieb die Vorbereitung seiner Verbrechen unbemerkt.

Der deutsche Journalist Patrick Gensing sieht das ähnlich. Der Betreiber des für den Grimme-Online-Award nominierten NPD-Watchblogs publikative.org arbeitet unter anderem für tagesschau.de. Die Verantwortung nur dem Internet zuzuschieben sei falsch.

»Extremismus ist immer auch eine Folge gesellschaftlicher Entwicklungen und Atmosphären«, meinte Gensing. Das Internet sei zwar ein wichtiger Kommunikationskanal für radikales Gedankengut. Extremismus habe es auch schon vor Entstehung der neuen Medien gegeben: »Der RAF-Terror ist schließlich auch nicht vom Himmel gefallen«. Ähnlich wie in Norwegen habe auch in Deutschland der Journalismus seinen Teil zur Radikalisierung beigetragen, erinnerte Gensing.

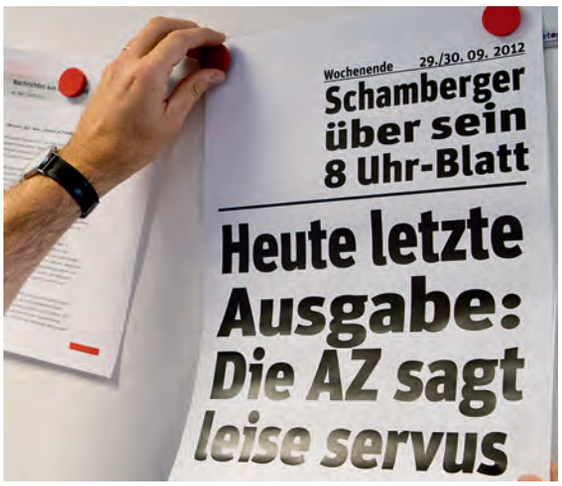
In den 1990er-Jahren habe sich mit den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen eine zunehmend ausländerfeindliche Berichterstattung entwickelt. In diesem Umfeld hätten sich auch Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), radikalisiert.

Daher bezeichnet Gensing den NSU auch als »ein Echo aus der Vergangenheit«. Zudem habe sich seit Jahren in Deutschland eine populistische Islamkritik etabliert, die zum Teil rassistische und radikale Züge aufweise und häufig durch Polemik verschleiert werde – etwa von Thilo Sarrazin.

Daraus ergebe sich das aus Norwegen bekannte Problem: »Es ist schwierig, Islamkritik zu filtern.« Vor allem, weil Medien zu oberflächlich mit dem Thema umgingen – selbst nach den Terrorakten von Breivik und dem NSU.

»Publicity is the oxygen of terrorism« – eine Sentenz von Margaret Thatcher. Vor diesem »monokausalen Fehlschluss« warnte der Medienethiker Christian Schicha. Nachahmungstäter würden eben nicht durch Medienberichte motiviert, schon gar nicht als alleiniger Ursache. Prädispositionen seien bei den Tätern schon vorhanden.

In welchem Ausmaß Rechtsextremismus im Internet Anhänger findet, demonstrierte Patrick Gensing anhand des Beispiels der militanten »German Defence League«, die von der Öffentlichkeit komplett ignoriert werde. Zu Unrecht, wie Gensing meint: »Das



Krise der Zeitung – Krise der Demokratie

Sinkende Auflagen und Reichweiten der Printprodukte, ein dramatisch rückläufiges Werbeaufkommen bei den Printprodukten, die neue digitale Konkurrenz und das geänderte Nutzungsverhalten der jüngeren Generation – das klassische Geschäftsmodell der Zeitungsverlage ist massiv unter Druck. Das hat nicht nur für die Unternehmen sondern auch für die Gesellschaft Folgen. Denn die freie Presse ist ein Grundpfeiler für das Funktionieren unserer Demokratie.

sind keine rechten Erfolgspopulisten, das hat Züge einer Bewegung und es ist kein Einzelfall.«

Doch wie sollen aufgeklärte Medien mit solchen radikalen Inhalten umgehen? Trotz des starken wirtschaftlichen Drucks müssten sich Journalisten die Zeit nehmen, sorgfältig zu recherchieren und Veränderungen genau zu dokumentieren. »Extremistische Muster nicht nur abbilden, sondern auch erklären«, forderte Gensing. »Und keine Angst vor klaren Benennungen.« Es bestehe die Gefahr, so der Blogger, dass Medien den Fokus der Berichterstattung zu eng legen. Dadurch würden einzelne Themen mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht, wie es derzeit bei der Causa NSU zu beobachten ist. Dass dadurch andere Probleme übersehen werden, müsse auf jeden Fall verhindert werden.

Gensings aktuelles Buch »Terror von rechts« trägt den Untertitel »Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik«.

Doch der Experte prangert darin auch das Versagen des Journalismus an. »Journalisten müssen sich von der Staatshörigkeit lösen«. Nur zu glauben, der Verfassungsschutz habe immer recht, sei ein fataler Fehler.

Die Berichterstattung über den NSU war allerdings weithin auch von einem »Verfassungsschutz-Bashing« geprägt, nachdem das jahrelange Versagen der Ermittlungsbehörden offensichtlich geworden war. Das hinderte manche Journalisten freilich nicht daran, weiterhin aus den Beobachtungsprotokollen eben dieser Behörden zitierten. War das die Restgläubigkeit von Staatshörigen?

Die norwegische Presse hatte nach den Anschlägen von Anders Breivik große Selbstzweifel«, erinnert sich Sven Egil Omdal, Journalist beim Stavanger Aftenblad und Leiter des wissenschaftlichen Beirats der norwegischen Presse.

Sie habe sich mit Zweifeln an der Leistungsfähigkeit des Systems Journalismus als Frühwarnsystem konfrontiert gesehen. Warum hatte es bis zu diesem Zeitpunkt keine nationale, öffentliche Debatte über Rechtsextremismus gegeben? Gab es keinerlei Anzeichen, die Journalisten im Vorwege hätten erkennen müssen? Omdal forderte, der Journalismus müsse vermehrt »investigativ arbeiten«. Um verstehen zu können, woher die Gewaltbereitschaft rühre, müssten Journalisten kontinuierlich die Gesinnung der Rechtsextremisten und ihre Diskurse verfolgen. Nur so könnten illegale Handlungen, Ideologien und religiöse Radikalisierung rechtzeitig aufgedeckt und öffentlich thematisiert werden. Dafür benötige der Journalismus aber vor allem ein Mehr an Ausdauer, so Omdal.

Christian Schicha, Professor für Medien- und Kommunikationsmanagement an der Mediadesign Hochschule in Düsseldorf, warf folgende Frage auf: »Inwieweit wird rechtsextremen Gewalttätern und ihrem Gedankengut eine mediale Bühne geboten?« Es sei die Aufgabe des Journalismus, Öffentlichkeit herzustellen und damit einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten. Doch dürfe dabei der Täter selbst zu einem Diskursteilnehmer werden, obwohl es möglicherweise gerade dessen Ziel war, mediale Aufmerksamkeit zu erlangen?

Im Fall Breivik wurde der Drang nach Öffentlichkeit durch die Selbstinszenierung des Mörders im Internet deutlich.

Mit einer Fantasieuniform bekleidet und martialisch bewaffnet zeigte sich der Attentäter im Netz. »Breivik darf kommunizieren«, hob Omdal hervor. Eine Plattform für rechtsextreme Äußerungen sei sogar wichtig, damit der Journalismus dagegen argumentieren könne. Nur sei zu überlegen, wie lange die Medien ihm eine Plattform für seine Anschauungen geben sollten. Medienethiker Schicha betonte, es sei nicht die Aufgabe des Journalismus, Täter auszublenden. Vielmehr solle der Journalismus Täter mittels umfassender Berichterstattung demaskieren. Tatsachen, über die nicht berichtet werde, könnten zu einer Mythenbildung beitragen, warnte Schicha.

Mehr Ausdauer!

Rechtsextremismus auf der flüchtigen Agenda der Medien: Oft werden lediglich vereinzelte Taten großen Ausmaßes thematisiert. Eine Diskussion über öffentliche Aufklärung und politische Integration.

Dokumentiert von Jessica Bartsch und Alexa Zrenner

Die bildliche Darstellung spiele eine besondere Rolle bei der journalistischen Berichterstattung, da sie eine emotionale Kraft besitze. Der Wissenschaftler wies darauf hin, dass es bei der Veröffentlichung von Fotos der Täter wichtig sei, diese in einen Kontext zu stellen.

Die Herkunft müsse für die Rezipienten kenntlich gemacht werden. Als negatives Beispiel hob Schicha die Bild-Zeitung hervor, welche ein von Breivik selbst online gestelltes Bild abgedruckt hatte, ohne auf dessen Herkunft zu verweisen.

In Norwegen werde wesentlich stärkeres Gewicht auf die Opfer gelegt, so der Journalist Omdal. Eine Veröffentlichung von Opfer-Fotos sei oftmals sogar von den Angehörigen ausdrücklich gewünscht gewesen. In Deutschland werde die Darstellung von Opfern oftmals negativ bewertet – mit dem Argument, dies würde erneute Qualen für die Angehörigen bedeuten. Täter demaskieren führt also Zurückhaltung bei der Veröffentlichung von Bildern dazu, dass Bilder erst gar nicht auftauchen? Gerade in Zeiten der digitalen Vernetzung könne man sich von diesem Gedanken verabschieden, sagte Schicha. Die Maxime bei der Fotoauswahl sollte dennoch stets lauten: »Gründlichkeit vor Schnelligkeit«.

In der deutschen Berichterstattung über das Breivik-Massaker sei dieser Grundsatz oftmals nicht eingehalten worden. Dem norwegischen Journalisten zufolge hatte sich vor dem Breivik-Attentat lediglich einer der knapp 10.000 Journalisten der Norwegian Union of Journalists auf das Thema Rechtsextremismus spezialisiert. Der freie Journalist Øyvind Strømmen wurde über Nacht zu einem der gefragtesten Experten auf diesem Gebiet. Omdal machte hier auf die Gefahren für den Journalismus als Ort der öffentlichen Aufklärung aufmerksam. Risiken für den öffentlichen Auftrag der Presse ergäben sich aus der Personalpolitik der Medienbetriebe und den Arbeitsbedingungen von Journalisten.

Es wäre seiner Ansicht nach fatal, sollten die aktuellen Abbauprozesse im Journalismus anhalten und die Anzahl der Redakteure weiter verringert werden. So würden Chancen geschmälert, über Rechtsradikalismus zu berichten, illegales Gedankengut und Taten aufzudecken und somit möglicherweise in der Zukunft Anschläge zu verhindern. »Das wäre nicht nur ein Verlust für den Journalismus, sondern für die Demokratie als Ganzes«, warnte Omdal.

Rundum-Service im Madsack Media Store: Hier werden Kundinnen und Kunden nicht nur beraten sondern können Tablet-Computer, Zeitungs-Apps und eine Flatrate zum günstigen Preis erhalten – alles fertig installiert.

San Francisco 2012: Google-Mitbegründer Sergej Brin stellt eine Brille vor, mit der man telefonieren, fotografieren, filmen und ins Internet gehen kann.

Quo vadis Tageszeitung

Auch um der Demokratie willen – der Qualitätsjournalismus der Presse bedarf einer neuen tragfähigen wirtschaftlichen Grundlage. Die Zeitungsverlage werden zu Multimedia-Häusern, die auf allen Verbreitungswegen präsent sind. Die Zeitung bleibt und verändert sich. Apps und andere digitale Produkte kommen dazu. Noch ist die Erfolgsformel für das Netz nicht gefunden. Aber die Zeitungsverlage haben zwei Vorteile im Vergleich zu Google & Co: Ihre hohe Glaubwürdigkeit und ihre lokale Kompetenz. Es bleibt also spannend. Und wie vor 150 Jahren geht es am Ende um die Freiheit von Information und Meinung.

08:21
91 %
VORWÄRTS.DE: WEITERLESEN IM INTERNET!
Mai 2013
vorwärts
DIE ZEITUNG DER DEUTSCHEN SOZI
GEGRÜNDET 1876
FINANZEN
KOMMUNEN IN DER SCHULDENFALLE
Vor Ort bei SPD-OBs in Bad Kreuznach, Köln und Zwickau